

## MDZ-Infodienst

## Belarus: Kosulin beendet Hungerstreik

Der inhaftierte weißrussische Oppositionspolitiker Alexander Kosulin hat nach 54 Tagen einen Hungerstreik abgebrochen. Das gab sein Anwalt Igor Rynkewitsch bekannt. Der Gesundheitszustand des früheren Universitätsrektors war zuletzt kritisch gewesen. Nach den Präsidentschaftswahlen im März, bei denen er offiziell nur zwei Prozent der Stimmen erhielt, hatte Kosulin die Oppositionsproteste gegen vermutete Wahlfälschungen angeführt. Mit anderen Demonstranten zog der 51-Jährige zum Untersuchungsgefängnis in Minsk, um dort die Freilassung bereits verhafteter Oppositioneller zu fordern. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Alexander Kosulin wurde verhaftet und kurz darauf wegen Rowdytums zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Mitte November trat der ehemalige Präsidentschaftskandidat in den Hungerstreik, um so lange keine Nahrung zu sich zu nehmen, bis der Fall Weißrussland auf die Agenda des UNO-Sicherheitsrats gesetzt werde. Die internationale Resonanz auf Kosulins verzweifelten Hilferuf blieb jedoch bescheiden.

## Karabach: 98 Prozent für souveränen Staat

Die Bewohner der armenischen Enklave Nagornyj Karabach auf aserbaidischischem Staatsgebiet stimmten Anfang Dezember mit 98 Prozent für eine Verfassung, welche die Souveränität der Region vorsieht. Als die Sowjetunion zerfiel, kam es 1988 zu einem Krieg um die Gebirgsregion zwischen Armenien und Aserbaidschan. 1994 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Armenien hält seither ein Fünftel des aserbaidischischen Staatsgebiets besetzt. Tausende Aserbaidschaner flüchteten aus der okkupierten Region. Eine entgeltliche Lösung des Konflikts ist bis heute nicht in Sicht. Aserbaidschan nannte das Referendum einen „Schlag gegen den Konfliktlösungsprozess“. Auch der Vorsitzende der OSZE, der belgische Außenminister Karel de Gucht, argumentierte in diese Richtung und bezeichnete die Abstimmung als „potenziell schädlich“ für eine Beilegung des Konflikts. Weder die OSZE noch die EU anerkannten das Referendum.

## Ukraine: Oranger Minister ausgeschlossen

Der „orange“ Außenminister Boris Tarassjuk wurde Anfang Dezember von der Kabinettsitzung ausgeschlossen. Das ukrainische Parlament hatte dem westlich orientierten Politiker und Verbündeten von Präsident Viktor Juschtschenko kurz davor sein Mandat entzogen. Ein Gericht widerrief jedoch den Parlamentsentscheid, weil er gegen das Gesetz verstoße. Präsident Juschtschenko erließ danach ein Dekret, das Tarassjuk in seinem Amt bestätigte. Doch die Regierung unter Premierminister Viktor Janukowitsch ließ sich davon nicht beeindrucken. Bei seinem Besuch in den USA meinte Janukowitsch, es sei unverantwortlich, einen Parlamentsentscheid zu widerrufen. „Zwei Minister, der Außen- und der Verteidigungsminister, werden vom Präsidenten ernannt und durch das Parlament bestätigt. Gleichzeitig sagt die Verfassung nichts über eine Amtsenthebung dieser Minister. Dies zeigt einmal mehr die Mängel der hastig durchgeführten Verfassungsänderungen auf.“

## Aus der Not geboren

15 Jahre nach ihrer Gründung steckt die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in der Krise

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wurde am 8. Dezember 15 Jahre alt. Der Staatenbund, der 1991 die auseinander fallende Sowjetunion ablöste, befindet sich heute selbst in einer schweren Krise. Inzwischen besitzen die Mitgliedsstaaten unterschiedliche außenpolitische Orientierungen, innerhalb der GUS haben sich parallele Bündnisse und Strukturen gebildet. Trotzdem pocht Russland auf seine Position einer Ordnungsmacht und Führungsnation im postsowjetischen Raum.

Christian Weisflog,  
Alexander Schrepfer-Proskurjakow

„Die GUS wurde gegründet, damit der Zerfall der Sowjetunion sich zivilisiert vollzieht“, betonte der russische Präsident Putin im März 2005 in der armenischen Hauptstadt Eriwan. „Während die westeuropäischen Länder zielgerichtet an der EU-Integration arbeiteten, wurde die GUS für eine ‚zivilisierte Scheidung‘ gegründet“, fügte Putin an. Trotzdem ist der Kreml-Chef überzeugt, dass die GUS erhalten bleiben soll. Schließlich bezeichnete Putin die „Scheidung“ der sozialistischen Bruderstaaten einst als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Der erste Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, betonte jedoch kürzlich in einem Interview, dass gerade die Gründung der GUS die einzige Alternative war, um eine Katastrophe zu verhindern. „Dank der GUS gelang es, den globalen Erschütterungen, möglichen Kriegen zwischen ehemaligen Sowjetrepubliken, finanziellen und humanitären Katastrophen zu entrinnen, die beim Zerfall eines solchen Kolosses wie der UdSSR entstehen können“, sagte Jelzin gegenüber der „Rossijskaja Gaset“.

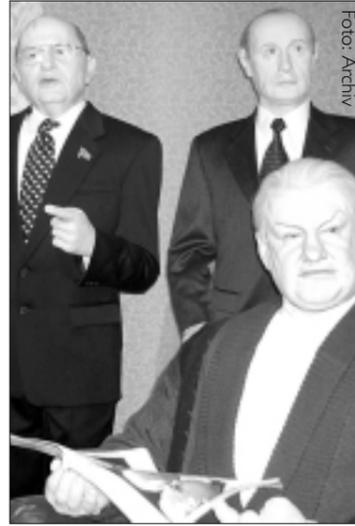
Dabei ließ Jelzin auch leise Kritik an der Geschichtsinterpretation seines Nachfolgers durchklingen: „Einige Politiker mit einem kurzen Erinnerungsvormögen versuchen, ein seltsames Bild zu zeichnen. Angeblich existierte eine ausgezeichnete, mächtige Sowjetunion, in der die Renten und Löhne bezahlt sowie

kostenfreie Wohnungen und Kuraufenthalte verteilt wurden. Und plötzlich trafen sich drei Präsidenten in Belweschsk und unterzeichneten ein Papier, worauf die starke Sowjetunion zerfiel.“

Die Situation war eine andere: Angesichts der inneren Spannungen lag 1991 ein neuer Unionsvertrag zur Unterschrift bereit, der den einzelnen Republiken mehr Kompetenzen zugestand. Mit dem fehlgeschlagenen August-Putsch gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow versuchten konservative Kräfte, dies zu verhindern. Sie erreichten jedoch das Gegenteil: Praktisch alle Sowjetrepubliken erklärten daraufhin ihre Unabhängigkeit. In der Vereinbarung von Belweschsk einigten sich der damalige russische Präsident Jelzin und seine Amtskollegen aus der Ukraine und Weißrussland am 8. Dezember 1991 schließlich darauf, die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ als Ersatz für die auseinander fallende Sowjetunion zu gründen. Später schlossen sich weitere acht Sowjetrepubliken der GUS an und am 21. Dezember 1991 wurde die Nachfolgeorganisation der UdSSR in der kasachischen Hauptstadt Alma-Ata offiziell ins Leben gerufen.

15 Jahre nach ihrer Gründung gibt es heute jedoch wenig zu feiern. Viele Experten prognostizieren vor jedem GUS-Gipfel das Ende der Organisation. Die Gemeinschaft befindet sich heute in einer schweren Krise. Sie ist nicht in der Lage, den Mitgliedsländern zu Wohlstand zu verhelfen und in Territorialkonflikte wie in Georgien, Moldau oder Nagornyj-Karabach erfolgreich zu vermit-

eln. Kasachstan, das zurzeit den GUS-Vorsitz innehat, mahnt Reformen an, um der Gemeinschaft ein deutlicheres politisches Profil zu verschaffen. Dem kasachischen Präsidenten schwebt gar ein Integrationsmodell nach dem Vorbild der EU vor. „Nicht alle konstruktiven Standpunkte wurden berücksichtigt“,



In Wachs gegossene Kreml-Herren: Retter oder Spalter? Die Geschichte hat ihr Urteil über Michail Gorbatschow, Boris Jelzin und Wladimir Putin noch nicht gefällt.

äußerte der ukrainische Präsident Juschtschenko zurückhaltend seine Enttäuschung über das GUS-Gipfeltreffen.

Russland strebt zweifellos die Position einer Ordnungsmacht und Führungsnation im postsowjetischen Raum an. Doch als geopolitisches Bündnis hat die GUS seit ihrer Gründung keine integrative Kraft entfalten können. Seit den „farbigen Revolutionen“ in Georgien 2003, Kiew 2004 und Kirgisien 2005 fürchtet Moskau gar um seinen Einfluss im GUS-Raum. Georgien, Moldau und die Ukraine

denken laut über einen Austritt aus der GUS nach und streben eine Integration in die NATO oder die EU an. Turkmenistan ist seit 2005 nur noch ein beigeordnetes Mitglied. Als wichtiger Energielieferant versucht sich das erstarkte Russland nun aber neue Geltung zu verschaffen, gewinnt mit seiner „Gaspreis-Diplomatie“ aber nicht nur Freunde.

Gleichzeitig entwickelte sich innerhalb der GUS eine starke Integrationskonkurrenz. Immer offensichtlicher werden auch die Interessenkonflikte zwischen dem Westen und Russland im postsowjetischen Raum. Vor allem die USA haben wirtschaftliche sowie geostrategische Interessen in den betroffenen Regionen. Es geht dabei vor allem um Erdöl-Ressourcen und Militärbasen. Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien haben sich unter der Schirmherrschaft der USA zur GUAM zusammengeschlossen. Gerade in Zentralasien gelang es Moskau, allerdings mit der „Shanghai-Kooperation“ ein alternatives, antiwestliches Bündnis zu schmieden. Darin vertreten sind Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und China. Pakistan oder auch der Irak haben Interesse an einer Mitgliedschaft angemeldet. Die Verbündeten eint allerdings vor allem der Widerstand gegen die USA und die EU. Im Vergleich zu China wird Russland in Zukunft zudem wohl der schwächere Partner bleiben.

Boris Jelzin glaubt jedoch, dass der Wind gedreht hat und prognostiziert der GUS eine bessere Zukunft: „Uns eint das Verständnis, dass es uns gemeinsam besser geht als im Alleingang. Wir haben eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Sprache. Die Euphorie darüber, dass es irgendwo anders besser ist, dass dort umsonst viel Geld verteilt wird und man auf uns wartet, hat sich gelegt. Niemand wartet irgendwo auf uns und Geld gibt es nicht umsonst, alles muss man selbst machen.“

## „Die Zusammenarbeit wird schwieriger“

Die europäische Energiesicherheit aus kasachischer Sicht – ein Interview

In den vergangenen zehn Jahren wuchs die kasachische Wirtschaft um durchschnittlich neun Prozent, ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht. Der Boom beruht wie in Russland auf riesigen Öl- und Gasvorkommen. Aus Mangel an alternativen Pipelinerouten ist Kasachstan genau wie andere zentralasiatische Länder gezwungen, seine Energieressourcen zu Preisen tief unter dem europäischen Marktniveau an Russland zu verkaufen. Wie Kasachstan mit dem Problem umgehen will, erklärte Kaschichan Issengalijew, Direktor für die Gasprojekte des staatlichen Energiekonzerns „KasMunajGas“, im Interview mit unserem Autor Igor Solowej, Moskau-Korrespondent der ukrainischen Nachrichtenagentur „Ukrinform“.

Was hindert Kasachstan daran, den Gaspreis direkt mit Europa auszuhandeln?

Die Pipeline – sie führt über russisches Territorium. Das Gas wird billig aufgekauft zu höheren Preisen mit einem Extraprofit weiterverkauft. Vom geschäftlichen Gesichtspunkt aus verstehe ich die russische Seite, doch sie berücksichtigt dabei Kasachstans Interessen nicht. „Gasprom“ tritt als Monopolist auf, dessen parlamentarische Lobby kürzlich ein Gesetz durchbrachte, das ihm die Position als alleiniger Gasexporteur sichert. Keinem Land der Welt ist es nun erlaubt, Gas nach Russland zu importieren oder von dort zu exportieren, ohne „Gasprom“ darüber zu benachrichtigen. Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew meinte einmal: „Wir schlafen alle unter einer Decke, nur unsere Träume sind verschieden.“ Gasprom ist ein Monopolist, und

nicht nur im postsowjetischen Raum, sondern auch im Weltmaßstab. Der Kampf mit ihm ist perspektivlos. Deshalb suchen wir in den Beziehungen mit diesem Partner den Kompromiss.

Beabsichtigt Kasachstan nicht, diese Situation zu ändern?

Um mit Europa direkt verhandeln zu können, gibt es zwei Möglichkeiten: Erstens unsere russischen Kollegen in der Notwendigkeit zu überzeugen, auch unsere Interessen zu berücksichtigen. Realistischer ist jedoch der zweite Weg, der Bau der transkaspischen Gaspipeline: Das Projekt, für dessen Erarbeitung die USA 750 000 Dollar an Turkmenistan überwiesen hatten, ist vorläufig wegen Differenzen zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan blockiert. Durch die Bemühungen der EU wurde das Vorhaben in letzter Zeit jedoch sichtlich aktiviert und nimmt immer realere Züge an. Hier beobachten wir sogar eine Konkurrenz zwi-

schen der EU und den USA, die ihre auf-richtige Bereitschaft signalisieren, die Umsetzung des Projekts zu unterstützen. Ungeachtet bestimmter Risiken und möglicher Probleme dürfte die transkaspische Pipeline gebaut werden. Und wenn man auch ungern darüber spricht, es ist Russlands Position, die uns antreibt, dieses Projekt zu realisieren. Russland und der Iran sind gegen diesen Bau und versuchen ihn mit politischen Mitteln zu verhindern. Allerdings gibt es für Kasachstan noch eine dritte Variante, durch die Erschließung neuer Märkte: Das kann unter anderem China sein, wo wir nicht in Konkurrenz zu Russland stehen. Eine Gaspipeline nach China mit einer Kapazität von 30 Milliarden Kubikmetern Gas befindet sich in Planung und soll bis 2009 gebaut werden.

Wie schätzen Sie die kasachisch-russische Zusammenarbeit ein?

Die Zusammenarbeit wird jedes Jahr schwieriger. Dabei ist es nicht Kasachstan, das die Spielregeln verschärft, obwohl es dazu alle Instrumente besitzen würde: Jedes Jahr werden 69 Milliarden Kubikmeter russisches, 43 Milliarden turkmenisches und neun Milliarden usbekisches Gas über kasachisches Territorium geleitet. Ein gutes Beispiel ist das Abkommen über ein Joint Venture zur

Verarbeitung von 16 Milliarden Kubikmetern kasachischen Gases in Orenburg. Wir übernehmen dabei 50 Prozent der Aktien für 350 Millionen Dollar, zudem werden wir uns auch an der Modernisierung der Raffinerie in Orenburg paritätisch mit 250 Millionen Dollar beteiligen. Das Projekt ist unbestreitbar ein Erfolg für die russische Seite und eine Geste des guten Willens Kasachstans. Gasprom bekommt dadurch Zugriff auf eine Billion Kubikmeter kasachischen Gases.

Wird Kasachstan in Zukunft auch Flüssiggas herstellen?

Kasachstan hat seinerzeit die Energiecharta ratifiziert und spürt heute keine negativen Folgen.

Ja, wir verfügen bereits über Projekte zur Herstellung von Flüssiggas und produzieren davon im Moment 1,3 Millionen Tonnen im Jahr. Doch können diese Flüssiggas-Projekte unsere Probleme nicht vollständig lösen. Es ist ein aufwendiger Prozess, der weniger mit der Verflüssigung des Gases zu tun hat, sondern eher mit seiner Beförderung: Es bedarf spezieller Behälter, Schiffe, Eisenbahnzisternen. Trotzdem, wir treiben das Projekt voran.

Was halten Sie von der Energiecharta? Russland will sie nicht ratifizieren ...

Kasachstan hat seinerzeit die Energiecharta ratifiziert und spürt keine negativen Folgen.